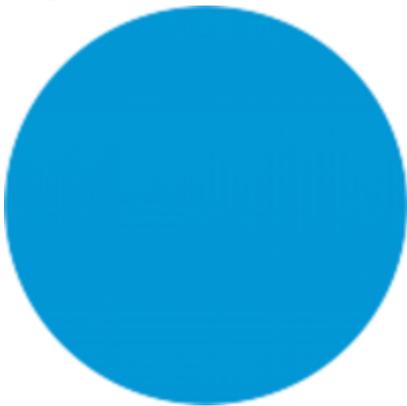




handelskammer/alan bianchi
soziales

Nicht nur ausgebaute Kitas

Landesrätin Waltraud Deeg will die Entlohnung in der Kleinkindbetreuung erhöhen. In einer Anhörung haben Einrichtungen und Verbände die schwierige Situation dargelegt.
Von



S+

[Anna Luther](#) 02.09.2022

Die Frage „Wohin mit dem Kind, wenn Eltern arbeiten müssen?“ stellt sich für viele Familien in Südtirol, solange der Nachwuchs noch zu jung für den Kindergarten ist. Das Land unterstützt sie in dieser Phase über die **Familienagentur** mit mehreren Möglichkeiten der Kinderbetreuung, etwa Tagesmütter oder Kindertagesstätten. Der Anspruch dabei ist laut der [Landeswebseite](#), ein qualitativ hochwertiges Angebot zu schaffen.

Ich habe den Eindruck, dass alle die Notwendigkeit erkannt haben - Waltraud Deeg

Der **Landesverband der Sozialberufe (LVS)** pocht hier darauf, die Anliegen der Kleinkindbetreuer:innen besser wahrzunehmen: Qualitativ hochwertige Kleinkindbetreuung funktioniere nur, „wenn die Kleinkindbetreuer:innen, welche für die Erziehung, Betreuung und Pflege der ihr anvertrauten Kinder verantwortlich sind, ausreichend wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Denn letztendlich sind sie es, die den Alltag der Kinder gestalten und ihre körperliche, seelische und geistige Entwicklung fördern und unterstützen“, teilen die **LVS-Vorsitzende Valentina Burger** und die **LVS-Geschäftsführerin Marta von Wohlgemuth** mit.

Gelder für Kindertagesstätten

Aus dem **staatlichen Wiederaufbaufonds (Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza - PNRR)** fließen voraussichtlich insgesamt **15,4 Millionen Euro** für den Ausbau von Kindertagesstätten (Kitas) nach Südtirol. Damit können Projekte zum Umbau oder Neubau von Kindertagesstätten in den Gemeinden Innichen, Tramin an der Weinstraße, Algund, Bruneck, Völs, Kurtatsch an der Weinstraße und Branzoll umgesetzt werden. Im Rahmen von PNRR hatten die Gemeinden auch die Möglichkeit, um eine Finanzierung für den Ausbau des Kindergartengebäudes beziehungsweise um Gebäude, die Kita, Kindergarten und weitere Dienste für Familien beherbergen, anzusuchen. Noch wurden nicht alle Ansuchen der Südtiroler Gemeinden vom zuständigen Ministerium in Rom abgearbeitet, 18 Südtiroler Projekte werden noch geprüft.



Betreuung von Kleinkindern: *Durch die niedrige Entlohnung gestaltet sich die Personalsuche noch schwieriger. (Foto: LPA / Greta Stuefer)*

Ein derart breites Investitionsprogramm sei sehr begrüßenswert, zumal aktuell für eine ähnliche Unterstützung auf Landesebene die nötigen Geldmittel fehlen, unterstrich die **Familienlandesrätin Waltraud Deeg** vor zwei Wochen bei der Bekanntgabe der PNRR-Zuschüsse für Kitas. „Nun gilt es neben diesem quantitativen Ausbau auch weiter an dem qualitativen Ausbau in der Kleinkindbetreuung zu arbeiten, vor allem indem die Löhne der Mitarbeiter:innen in den Kindertagesstätten jenen der pädagogischen Mitarbeiter:innen in den Kindergärten angepasst werden“, so Deeg.

Ein entsprechender Vorschlag zu einer besseren Entlohnung soll in Kürze vorgelegt werden. Landesrätin Deeg ist hierfür zurzeit mit dem Rat der Gemeinden im Dialog, da das Familienförderungsgesetz sein Einverständnis vorschreibt. Im Konkreten geht es um einen **höheren Stundensatz für die Kleinkindbetreuung**, der von den Gemeinden und der Provinz bezuschusst werden soll.

Anhörung zur Lohnerhöhung

Am 29. August fand in der Sitzung des zuständigen vierten Gesetzgebungsausschusses eine Anhörung zur Kleinkindbetreuung statt, an der der **Präsident des Rats der Gemeinden, Vertreter:innen der Familienagentur, der Sozialgenossenschaft Casabimbo Tagesmutter, des Landeskleinkinderheims, des LVS, der Sozialgenossenschaft 'Mit Bäuerinnen lernen - wachsen - leben'** und des **Forum Prävention** teilnahmen.

Einmal mehr wurde in der Anhörung die Situation der Kleinkindbetreuer:innen in den Kitas von verschiedenen Seiten dargestellt. Wie die **Ausschussvorsitzende Paula Bacher (SVP)** berichtet, wiesen die Vertreter:innen der verschiedenen Einrichtungen und Verbände auf das Problem der niedrigen beruflichen Einstufung hin. Auch die niedrigen Löhne der Erzieher:innen in Kleinststrukturen und der Tagesmütter im Vergleich zu den höheren Löhnen der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen wurden bemängelt. Zudem erschwere das niedrige Gehalt die Suche nach neuem Personal.

Die Anliegen der Sozialpartner und die diesbezüglichen Beschlussanträge haben bereits im Juni dieses Jahres die **Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa (Grüne)** und **Maria Elisabeth Rieder (Team K)** bei einer Pressekonferenz des LVS vorgestellt. Beide Beschlussanträge wurden vom Landtag abgelehnt.

Auch wenn Landesrätin Deeg das Problem in der Landtagsdebatte anerkannte, sah sie die Beschlussanträge nicht als die richtige Lösung und wies im Gespräch mit salto.bz daraufhin, dass die Entlohnung über die **Kollektivverhandlungen mit den Gewerkschaften** geregelt werden muss. „Ich habe den Eindruck, dass alle die Notwendigkeit erkannt haben“, erklärt sie mit Blick auf die erwartete Zustimmung seitens des Rats der Gemeinden.